

**Ansprechpartner:**

Uli Breuer: (0179) 6909xxx

Roland Schäfer: (0172) 6820xxx

Walter Schmidt: (0152) 21512xxx

Oberbürgermeister  
Peter Feldmann  
60311 Frankfurt am Main

**Spendenkonto:**

IBAN: DE76 5009 0900 5148 1976 00

BIC: GENODEF1P06

in Kopie an  
Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung

Frankfurt, den **07.09.2020**

## Ihre Transparenz-Offensive ergänzen mit dem Anstoß für eine Transparenzsatzung für die Stadt Frankfurt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit Interesse haben wir Kenntnis genommen von Ihrer Transparenz-Offensive. Laut Bericht der Frankfurter Neuen Presse (FNP - <https://www.fnp.de/frankfurt/frankfurt-oberbuenger-meister-peter-feldmann-startet-transparenz-offensive-13873788.html>) vom 04.09.2020 wollen Sie der „erste gläserne Oberbürgermeister werden“. Die FNP berichtet: „Künftig will Feldmann seine Steuerbescheide, aus denen auch sein Einkommen und seine Einkünfte aus Nebentätigkeiten hervorgehen, im Internet veröffentlichen“.

Dieses Vorhaben von Ihnen ist begrüßenswert und wird von den Mitgliedern der Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main** uneingeschränkt unterstützt. Dass Mitglieder der Stadtregierung, aber auch Stadtverordnete und Mitglieder der Ortsbeiräte, ihre Einkünfte aus Vorstands-, Aufsichtsrats- und anderen Funktionen in stadtnahen und anderen Aktiengesellschaften, GmbHs, anderen Kapitalgesellschaften und Vereinen offen legen, sollte in einer modernen, bürgernahen und demokratischen Gesellschaft Standard sein. Insoweit: Uneingeschränkt Ja zu Ihrem Vorhaben. Aus unserer Sicht ist dies trotzdem nur weniger als „die halbe Miete“.

Für die Demokratisierung des Gemeinwesens ist mehr notwendig als nur die Einsichtnahme in Ihre Steuererklärung und die Ihrer Magistratskolleg\*innen. Was not tut und ein wichtiger Schritt wäre im Sinne von Transparenz der öffentlichen Verwaltung und Demokratisierung unseres Gemeinwesens, ist die **Schaffung einer kommunalen Transparenz- und Informationsfreiheitssatzung**, die es den Bürger\*innen erlaubt, in allen Bereichen der Kommunalpolitik Einsicht zu nehmen in Entscheidungen von Stadtverordneten und Magistrat sowie Amts- und Betriebsleitungen der Stadt Frankfurt.

Für Frankfurt gilt leider, dass Menschen, die von Beschlüssen der Stadtverordneten und des Magistrats und vom Handeln städtischer Ämter und Betriebe betroffen sind, bislang wegen



der Ausnahmeregelung in § 81 Abs. 1 Ziffer 7 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes (HDSIG) keine Rechtsgrundlage haben, um Informationen über deren Handeln und deren amtsinterne Arbeitsanweisungen, Richtlinien und Entscheidungen zu erhalten.

**Wir möchten Sie daher bitten, Ihre Transparenz-Offensive in eigener Sache zu ergänzen mit dem Anstoß, eine kommunale Transparenz- und Informationsfreiheitsatzung für die Stadt Frankfurt zu schaffen.** Diese Satzung darf mit ihren Standards nicht hinter die (völlig ungenügenden) Regelungen des HDSIG zurückfallen. Wo es rechtlich möglich ist, sollte die Frankfurter Informationsfreiheitssatzung über die Regelungen im HDSIG hinausgehen.

Die Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main** hat den **Entwurf einer kommunalen Transparenz- und Informationsfreiheitssatzung** erarbeitet. Er stützt sich auf die Regelungen des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) des Bundes und des Hamburgischen Transparenzgesetzes (HmbTG) und ist zu Ihrer Information beigelegt.

Werben Sie bitte im Kreis Ihrer Magistratskolleg\*innen, in der Stadtverordnetenversammlung und in Ihrer Partei dafür, dass eine kommunale Transparenz- und Informationsfreiheitssatzung noch vor der Kommunalwahl im März 2021 beschlossen wird. Sie würden damit - neben ihrer höchstpersönlichen Transparenz-Offensive - einen weiteren wichtigen Beitrag zur Demokratisierung unseres städtischen Gemeinwesens leisten.

Mit freundlichen Grüßen

**dieDatenschützer Rhein Main** (<https://ddrm.de/>)

gez. Roman Peters

gez. Roland Schäfer

gez. Walter Schmidt

## **Anlage**

### **Entwurf einer kommunalen Transparenz- und Informationsfreiheitssatzung**

*dieDatenschützer Rhein Main sind*

- eine Gruppe des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (<http://vorratsdatenspeicherung.de/>),
- Partner der Aktion: „Stoppt die e-Card!“ (<http://www.stoppt-die-e-card.de/>),
- Partner des Bündnis „Demokratie statt Überwachung“ (<https://www.demokratie-statt-ueberwachung.de/>),
- Partner des Frankfurter Bündnis gegen TTIP, CETA und TISA (<https://ttipstoppenffm.wordpress.com/>) und
- Partner der „Initiative Finanzplatz Frankfurt“ (<https://ddrm.de/wp-content/uploads/IFiF-Verfassung-201605.pdf>).

*Hervorgegangen ist die Gruppe aus der Volkszählungsbewegung „11gegenZensus11“.*

*Die aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind ein unabhängiges Frankfurter Datenschutzbüro, die Videoüberwachung des öffentlichen Raums und von politischen Aktivitäten (Demonstrationen und Kundgebungen), die elektronische Gesundheitskarte, die Vorratsdatenspeicherung sowie weitere Datenschutzthemen.*